187

1929

Beuthener Stimmen

Aufklärende Worte an die Vernünftigen unter unseren Mitbürgern

Stan. Wallis
187

Von Beuthener Freunden der Heimat

Die Mahnung des Bischofs zu den bevorstehenden Kommunalwahlen.

Breslau, den 10. November 1929.

In dankenswerter Weise hat die katholische Presse, treu ihrer Tradition, aus Anlaß der bevorstehenden Kommunalwahlen eindringlich darauf hingewiesen, daß es für die katholischen Wähler ein großer Fehler sein würde, wenn sie auf dem Gange zur Wahlurne einzig wirtschaftliche Interessen im Auge haben und jene großen Aufgaben außer acht lassen, die für die religiösen Belange des Volkes, für die Erhaltung konfessioneller Schulen, den Schutz der christlichen Wohlfahrtspflege, die Seelsorge in den Anstalten, ja für das ganze Gepräge des Kulturlebens in Stadt und Land von entscheidender Bedeutung sind.

Dazu kommt, daß der Ausgang der Kommunalwahlen indirekt starken Einfluß übt auf die Gestaltung der Gesetze in den Parlamenten, in denen der Kampf für und gegen christliche Weltanschauung, für und gegen Gottes Gesetz und christliche Lebensordnung mit einer früher nie gekannten Heftigkeit geführt wird.

In der Hand der Wähler sind somit Entscheidungen von größter Tragweite gelegt.

Berufen zum Schutze der heiligsten Güter des Volkes, wendet sich daher Episkopat immer von neuem an alle katholischen Wähler und mahnt sie:

Jeder ist verpflichtet an der Wahlurne zu erscheinen. Die katholischen Wähler sind zu mahnen, nur solchen Männern ihre Stimme zu geben, in deren Händen sie die höchsten Güter der katholischen Christenheit am besten gesichert wissen.

A. Card. Bertram
Fürstbischof

An die Beuthener Katholiken!

Den ernsten Mahnworten unseres kirchlichen Oberhirten schließt sich die Beuthener Pfarrgeistlichkeit an. Sie bittet alle Beuthener Katholiken, am 17. November bestimmt an der Wahlurne zu erscheinen und ihre Stimme nicht Interessen-, Splitter- und Klassenkampfparteien, sondern nur Männern und Frauen zu geben, die ihre kirchlichen Pflichten erfüllen, die mitten im kirchlichen Gemeinde- und Vereinsleben stehen und die nicht nur durch ihr Wort, sondern auch durch ihre Tat für die weltanschaulichen Interessen und die geschlossene Einigkeit der Beuthener Katholiken offen eintreten. Wahlrecht ist Wahlpflicht, moralische Pflicht, Gewissenspflicht. Niemand darf Fahnenflüchtiger, Deserteur, Verräter an unserer hl. Sache werden, indem er durch sein Fernbleiben von der Wahl oder durch seine Stimmabgabe kirchenfeindliche und Umsturzparteien stärkt.

Prälat Schwierk
St. Trinitas

Pfarrer Niestroj
St. Maria

Pfarrer Strzybny
St. Hyazinth

Kuratus Prof. Starker S. J.
Herz-Jesu-Kuratie

Pfarrer Bonczkowitz
St. Joseph, Dombrowa

Der sagenhafte Reichtum der Stadt Beuthen und die Verschwendungssucht der Stadtverwaltung.

Unter den Schlagworten im Wahlkampf spielt „der Reichtum der Stadt Beuthen" und „die Verschwendungssucht der Stadtverwaltung" eine große Rolle. Einmal will man damit den Wählern beweisen, daß nur Unverstand oder böser Wille der in der **Stadtverordneten-Versammlung maßgeblichsten** Parteien Schuld daran sei, wenn nicht alle Forderungen Hilfsbedürftiger erfüllt werden, zum anderen wird ausgeführt, die **Ausgabenwirtschaft** der Stadt sei derart hemmungslos, daß die Steuerkraft unserer Bürger bis zum Zusammenbruch vieler Unternehmungen angespannt wird.

Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit? Der

sagenhafte Reichtum der Stadt Beuthen

ist ein **Märchen.** Nur dann könnte unsere Stadt als reich bezeichnet werden, wenn sie aus eigenen Vermögenswerten soviel Einnahmen hätte, daß sie ohne sehr wesentliche Inanspruchnahme der Steuerkraft ihrer Bürger alle ihr obliegenden Aufgaben erfüllen könnte. In dieser angenehmen Lage befindet sich unsere Stadt nun keinesfalls, und die Veranlagung zur Gewerbesteuer,

zur Grundwertsteuer, die Gebührensätze für Kanal- und Müllabfuhr, Wasser, Gas und elektrischen Strom müssen ein Wesentliches dazu beitragen, die durch staatliche Gesetze oder durch Beschlüsse der städtischen Körperschaften notwendigen Ausgaben zu bestreiten.

Reich sind die unter dem Stadtgebiet belegenen Erz- und Kohlevorkommen. Diese gehören jedoch nicht der Stadt, sondern der Privatindustrie. Die Hebung dieser Bodenschätze ist aber ihre Existenzgrundlage, denn von dem Bergbau lebt, direkt oder indirekt, unsere Bevölkerung. Der Bergbau ist es auch, der den weitaus größten Teil der Kommunalsteuern aufbringt. Die Stadt kann ihn jedoch nicht willkürlich hoch belasten, da es eine Grenze der Rentabilität und damit auch der Steuerfähigkeit gibt. Eine nennenswerte weiterverarbeitende Industrie haben wir hier nicht, dadurch treffen Konjunkturschwankungen im Bergbau und die dadurch bedingten Steuerrückgänge der Hauptsteuerträger mit voller Wucht die Steuerträger aus Handel und Handwerk, weil die Ausgaben der Stadt bei sinkender Konjunktur sich nur bis zu einer bestimmten Grenze abstoppen lassen, da ein sehr großer Teil der Ausgaben zwangsläufig entsteht.

Wer aber über

Verschwendungssucht der Stadt

sich ereifert, weil er Jahr um Jahr neu städtische Bauten erstehen sieht, sollte bedenken, daß die Stadt **die Aufgaben eines Jahrzehnts** nachzuholen hat. (Das **Hallenschwimmbad** z. B. sollte lt. Beschluß der Stadtv.-Vers. schon 1912 gebaut werden) — der **Wohnungsbau**, früher reine Priatsache, mußte, zur Linderung der großen **Wohnungsnot** (es fehlen noch über 3000 Wohnungen in Beuthen) auch von der Stadt übernommen werden und erforderte große Mittel. Die Ankäufe von **Bauland und Wald** verursachten ebenfalls große Ausgaben. Beides sind aber

Lebensnotwendigkeiten für die Stadt

und ihre Bewohner, weil unsere Stadt sowohl an Baugelände wie auch an Grünflächen leidet. Außerdem stellen die städt. **Wohnhäuser**, das **Baugelände** und der **Wald** doch sehr erhebliche Vermögenswerte dar, welche den Schulden gegenübergestellt werden müssen. Die Stadt hat in den letzten Jahren Anleihen usw. in Höhe von 17 Millionen aufgenommen, davon 7 Millionen für Wohnungen und soziale Einrichtungen wie Uebergangsheim usw. Diesen „Schulden" stehen jedoch Vermögenswerte in drei- bis vierfacher Höhe gegenüber. Will man da die Stadt „verschuldet" nennen? Im Interesse der **Volksgesundheit** wird niemand auf die neue **Badeanstalt** verzichten wollen und auch das **Stadion** kann, im Zeitalter des Sports und unter Berücksichtigung der geringen landschaftlichen Schönheit unseres Heimatgebietes, als ein Bedürfnis angesehen werden. Auch führt es allsonntäglich viele Tausende nach Beuthen, wodurch Handel und Wandel belebt werden. **Baugewerkschule, Realgymnasium und Mittelschule** belasten die Stadt sehr erheblich, dafür ist aber unter Hinzurechnung der am 1. April 1930 zur Eröffnung gelangenden **pädagogischen Akademie** eine so **vielseitige Ausbildungsmöglichkeit** für unsere Jugend geschaffen, daß nicht bald eine Stadt den Bürgern eine gleichartig umfassende Ausbildung ihrer Kinder am eigenen Orte zu bieten vermag. Diese Möglichkeit erschließt

gerade den weniger bemittelten Volksschichten

die Aussicht, ihre Kinder mit mäßigen Kosten für eine Laufbahn in sozial höheren Schichten vorbereiten zu können.

Das **Sparkassengebäude mit Museum und Volksbildungseinrichtungen** belastet den Etat der Stadt nicht, weil der Bau aus **Ueberschüssen der Spar-**

kasse finanziert wird. Satzungsgemäß dürfen diese Ueberschüsse nur **für kulturelle Zwecke**, nicht etwa für Verbilligung der Zinssätze, verwendet werden. Die Durchführung all dieser Projekte rechtfertigt durchaus nicht den **schweren Vorwurf der Verschwendung.**

Wenn die **Stadtverordnetenversammlung** Ursache hatte, an der Finanzwirtschaft des Magistrats herbe Kritik zu üben, so war diese nicht gegen die Projekte an sich gerichtet, denn für alle lagen

zustimmende Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung

vor, sondern sie richteten sich gegen die Ueberschreitung der bewilligten Summen, zu denen sich der Magistrat im Interesse der Stadt verpflichtet fühlte. Es ist bereits Vorsorge getroffen, daß solche Ueberschreitungen ohne vorherige Genehmigung nicht mehr vorkommen können und daß neue Projekte nur dann in Angriff genommen werden, wenn die Mittel dafür vorher sichergestellt sind.

Die Zentrumspartei war immer bemüht, die Steuern erheblich unter den Ansätzen der Nachbarstädte zu halten, dabei aber vorsorglich die Entwicklung der Stadt so zu fördern, daß Beuthen von den Nachbarstädten nicht in den Schatten gestellt wird.

Nüchterne Zahlen beweisen.

Gegen die Behauptungen bewußter Lügner und Verleumder.

Nach der Schuldenstandsnachweisung, die Mitte Oktober 1929 (abgeschlossen mit dem 30. 9. 29) dem statistischen Landesamt eingereicht wurde, betrügen die Schulden (**ohne** die sogenannte **interne** Verschuldung, jedoch einschließlich der kurzfristigen Schulden) . . . . . 16 519 822,— RM.
hierzu sind bis heute getreten weitere kurzfristige
Schulden (bei der Stadtsparkasse)) in Höhe von . 807 279,— RM.
zusammen 17 327 101,— RM.

Es ist also Lüge, daß in den letzen Jahren 25 Millionen Mk. Schulden gemacht wurden.

Von den Schulden fanden Verwendung:
für Wohnhausbau-Zwecke . . . . . 4 080 250,— RM.

Den Schulden steht ein Vermögenswert gegenüber von rund 60 Millionen Mark.

Am 31. 3. 1913 ist das Vermögen der Stadt ausgewiesen worden mit rund 42 Millionen Mark.

Es ist also Lüge, daß die Stadt „verschuldet" sei.

Seit dem Jahre 1922, dem Beginn der Wohnungsbautätigkeit sind von der Stadt bis 1929:

635 städtische Wohnungen

errichtet worden.

Es ist also Lüge, daß die Stadt für den Wohnungsbau nichts getan habe.

Von den Schulden ist auch das Uebergangsheim, das eine Musteranstalt für die Unterbringung von Flüchtlingen und Exmittierten und anderen Wohnungslosen ist, errichtet worden. Kostenaufwand rund 515 000 RM.

Es ist also Lüge, daß Gelder, die zur Unterbringung von Flüchtlingen bestimmt waren, „anderen Zwecken" zugeführt wurden.

Sozialen Zwecken dient auch das Obdachlosenasyl, das durchschnittlich von 1000 bis 1200 Personn im Monat aufgesucht wird.

Früher wurden die Obdachlosen im Polizeigefängnis untergebracht. Jetzt ist ein mit allen modernen Errungenschaften der Technik ausgestattetes Obdachlosenasyl errichtet worden.

Kostenaufwand: rund 136 000 RM.

Die Straßenbahn, die dazu dient, neue Kaufkraft nach Beuthen zu ziehen, ist mit einem Kostenaufwand von

1 827 799,28 RM.

von der Stadt Beuthen gebaut worden. Auch diese Millionen stecken in den Schulden der Stadt Beuthen.

Für die Autobusse sind insgesamt rund 170 000 RM. aufgewendet worden.

Mit der Brynnekbahn werden nach Beuthen im Monat durchschnittlich 7400 Personen nach Beuthen hereingebracht.

An Sonntagen wird die Brynnekbahn (Ausflügler) von durchschnittlich 380 Personen in Anspruch genommen.

Es ist also Lüge, daß die Brynnekbahn ausschließlich Hindenburg zugute kommt.

Der Magistrat hat kein Projekt zur Ausführung gebracht, das nicht vorher von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden ist. Wer das Gegenteil behauptet und den städtischen Körperschaften angehört, sagt bewußt die **Unwahrheit.** Wählt daher nur Zentrum, die Partei für **Wahrheit,** Freiheit und Recht! Ihr habt ihr in der Hauptsache den Aufbau und Ausbau der Stadt zu verdanken.

Wer sichert die religiöse Erziehung unserer Kinder?

Der Kampf um die Schule ist auf der ganzen Linie entbrannt. Liberalismus und Sozialismus haben sich vereint, um der konfessionellen Schule den Garaus zu machen. Nur auf eine Partei ist noch Verlaß: die Zentrumspartei. Als ausgesprochene Weltanschauungspartei sieht sie ihre Hauptaufgabe darin, **den christlichen Geist im Volke zu erhalten.**

Auf dem Gebiete des Volksschulwesens verwandte die Partei alle Kraft darauf, die

Bekenntnisschule zu sichern.

Durchdrungen von dem Bewußtsein, daß die beste Garantie für den christl. Geist in der Schule die tiefreligiöse Lehrerpersönlichkeit bietet, fordert das Zentrum die volle Wiederherstellung des Einflusses der **Schuldeputation** auf die Besetzung der Schulleiter- und Lehrerstellen.

Das Zentrum setzt sich für den

Ausbau der Volksschule

ein und wird allen Versuchen auf Aushöhlung der Volksschule entgegentreten.

Nach nunmehrigem Abschluß des sonstigen Schulbauprogramms wünscht das Zentrum den

Neubau der überalterten Volksschulgebäude.

Auch für eine bessere Ausstattung an Lehrmitteln und Klassenschmuck setzt es sich tatkräftig ein.

Das Zentrum erreichte die Einsetzung eines Etatpostens von 10 000 Mk. zur

Unterstützung minderbemittelter Schüler

bei Schulwanderungen.

Schulärztliche Überwachung und schulzahnärztliche Betreuung der Schüler wurden nur dadurch ermöglicht, daß das Zentrum den Mut hatte, die Kosten zu bewilligen und eventuell das Risiko der Unpopularität auf sich zu nehmen.

Durch Bewilligung der Mittel zum Bau von Turnhallen, zur Mietung von freien Plätzen für den Spielbetrieb, zur Unterhaltung des Erholungsheimes in Landeck, zur Verschickung von Kindern an die See, zur Kinderspeisung sorgte das Zentrum auch für die

körperliche Ertüchtigung unserer schulpflichtigen Jugend.

Die vorjährigen Beratungen des Reichsschulgesetzes haben klar bewiesen:

Nur das Zentrum schützt die kath. Bekenntnisschule!

In klarer Erkenntnis der grenzpolitischen Aufgaben unserer Heimatstadt glaubte das Zentrum zuerst das mittlere und

das höhere Schulwesen

fördern zu sollen, weil eine Abwanderung dieser Schuleinrichtungen in Nachbarstädte einen nie wieder gutzumachenden Schaden bedeutet hätte. Aus dieser Einstellung heraus beurteile man die Einrichtung des Realgymnasiums, der Mittelschule, der Baugewerkschule.

Auch dem

Berufs- und Fachschulwesen

widmet das Zentrum seine Aufmerksamkeit. Auch hier zeigt sich die Unzulänglichkeit der räumlichen Unterbringung (1200 Schüler in 11 Räumen). Entsprechend der bekannten Zentrumsforderung auf

Einrichtung des Religionsunterrichts in der Berufsschule

wird demnächst mit der Erteilung von Weltanschauungsunterricht begonnen werden.

Von außerordentlicher Bedeutung für das Schulwesen der Stadt sind die Lehranstalten der

Armen Schulschwestern.

Sie unterrichteten in der Höheren Mädchenschule im Jahre 1928 etwa 635 Schülerinnen aus Beuthen. Die Nettokosten dafür hätten 128 695 Mk. betragen. Das Ober-Lyzeum besuchten im Jahre 1928 320 Schülerinnen aus Beuthen, für die eine Nettoausgabe von 102 924 Mk. notwendig gewesen wäre. Die Gesamtausgabe von 231 619 Mk. und zwei neue Schulbauten ersparen demnach die Armen Schulschwestern der Stadt Beuthen. Das Zentrum trat daher für eine angemessene Unterstützung der Klosterschule ein.

Die in absehbarer Zeit drohende Lehrernot macht die

Errichtung einer kath. pädagogischen Akademie

in Beuthen OS. nötig. Dank der Bemühungen des Herrn Oberbürgermeisters und der Unterstützung durch die große Zentrumspartei erhält Beuthen OS. nunmehr **die langersehnte erste Hochschule** in seinen Mauern. Zahlreichen begabten Schülern unserer Stadt wird dadurch eine **erleichterte Studiumsmöglichkeit** geboten.

Auf dem Gebiete der

Erwachsenenbildung

tritt das Zentrum für den **weiteren Ausbau der Volksschule** ein. In der **Förderung der Heimatforschung und Heimatpflege,** der Errichtung eines **Museums,** der Ausgestaltung des **Büchereiwesens** folgt Beuthen OS. hinsichtlich seiner Ausgaben den Städten gleicher Größe und Struktur nur zögernd. Durch die Unterstützung des **oberschlesischen Landestheaters** und durch die **Einrichtung verbilligter Volksvorstellungen** erfüllt Beuthen OS. Verpflichtungen, die eigentlich dem Staate obliegen.

Das Zentrum, das Beuthen OS. in jahrzehntelanger Arbeit zu einer

Kulturzentrale des deutschen Ostens

ausgebaut hat, wird auch in der Zukunft vom Boden seiner Weltanschauung aus christliche Kulturpolitik treiben.

Nicht Worte sondern Taten helfen.

Der Ausbau des sozialen Fürsorgewesens steht heute im Mittelpunkt kommunaler Aufgaben. Das gilt vor allem für eine Grenz- und Industriestadt, in der die soziale Not am aufdringlichsten in die Erscheinung tritt.

Die Zentrumspartei, als führende Partei unserer Stadt, hat diese Aufgabe erkannt.

Die Wohnungsnot

verlangte Abhilfe. Die Zentrumspartei beantragte den **Bau von Wohnungen für die exmittierten Familien** und betrieb den

Bau eines Übergangsheimes,

in dem die wohnungslosen Familien vorübergehend Aufnahme finden. Auch der **Bau von Kleinwohnungen** ist auf die Initiative des Zentrums zurückzuführen.

Für die

Wohlfahrt der Jugend

mußten schnelle Maßnahmen getroffen werden. Auf die Anregung des Zentrums hin wurde die **Verteilung der Säuglingsmilch** gefördert, wurden zwei weitere **Kindergärten** eingerichtet, wurden die Schulkinder in **Kinderhorten** betreut, wurde die **Kindererholungsfürsorge** nach modernen Gesichtspunkten ausgebaut. Für die Schulentlassenen wurde die **Bereitstellung von Berufskleidern** für den Eintritt in die Lehre beantragt, für die heranwachsenden Mädchen wurden die so dringend notwendigen **hauswirtschaftlichen Ausbildungskurse** vermehrt.

Die große wirtschaftliche Not der

Sozial- und Kleinrentner,

sowie der Armenunterstützungsempfänger, erforderte außerordentliche Zuwendungen und Hilfsmaßnahmen, zu deren Schaffung die Zentrumspartei einsichtig und tatkräftig beigetragen hat. Die augenblickliche Not der **Junglehrer und Junglehrerinnen** wurde durch Bereitstellung einer Summe gemildert.

Besonderen fürsorgerischen Weitblick bewies die Zentrumspartei durch die bereitwillige Förderung der

Ausbildung und Weiterbildung sozial arbeitender Hilfskräfte.

Damit ist dem Fürsorgewesen unserer Stadt eine der zukunftsreichsten Einrichtungen eingegliedert.

Jeder Tag der Zukunft wird der Zentrumspartei auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege neue und neuartige Aufgaben stellen. Sie wird sie bereitwillig und verständnisvoll in ihr Arbeitsprogramm aufnehmen. Soziale Arbeit gehört ja zum edelsten Teil der Tradition des deutschen Zentrums.

Sollte Beuthen absterben?

Die Grenzziehung brache für Beuthen OS. außerordentlich schwere wirtschaftliche Schäden mit sich. Oestlich von Beuthen lag einst sein Hauptabsatzgebiet. Das von Beuthen ausgehende Straßennetz nach den reichen Industriegemeinden Tarnowitz, Dtsch.-Piekar, Laurahütte, Königshütte, Schwientochlowitz, Morgenrot sowie die entsprechenden Straßenbahn- und Eisenbahnlinien wurden durch die Grenze zerschnitten. 300 qkm Hinterland mit

etwa 430 tausend Einwohnern,

überwiegend Industriebevölkerung mit starker Kaufkraft, ging an Polen verloren; allein die Abtretung des Stadtteils Friedenshütte mit 18 000 Einwohnern, 3 Hütten und 2 Kohlengruben bedeutet für Beuthen einen Verlust von ¼ der Bevölkerung und ⅓ des Steueraufkommens. Beuthen wurde auf drei Seiten von polnischem Gebiet umgeben und 14 Zollämter stehen heute vor seinen Toren.

Diese Abschnürung

schien für Beuthens Wirtschaft und Kultur den **Niedergang** zu bedeuten: Handel und Gewerbe fürchteten durch den Verlust an Kundschaft einen Ruin ihrer Geschäfte, der Hausbesitz Entwertung seiner Grundstücke, die Angestellten aus Handel und Gewerbe Stellungslosigkeit und die Beamtenschaft infolge der Verringerung der Verwaltungsaufgaben in einer sterbenden Stadt schließlich einen erheblichen Abbau.

Das Zentrum erkannte, daß nur durch eine

großangelegte Verkehrspolitik

mit dem Ziel, die westlich gelegenen Gebiete für Beuthen wirtschaftlich zu erschließen und ihre Kaufkraft nach Beuthen zu leiten, das Schlimmste abgewendet werden könnte. Dies geschah zunächst durch die **Finanzierung des Bahnbaues Mikultschütz-Brynnek.** Diese inzwischen in Betrieb genommene Bahnlinie stellt die durch den Korridor von Tarnowitz und Lublinitz abgeschnittene Bahnverbindung nach Norden wieder her; sie ist ferner eine wirkungsvolle Gegenmaßnahme gegen die polnische Umgehungsbahn von Chorzow nach Scharley, welche Beuthen weiter abzuschneiden drohte.

Auch die finanziellen

Zuschüsse zum Neubau des Hauptbahnhofs

wurden im Interesse der Heranziehung neuen Verkehrs bewilligt.

Der

Ausbau der Straßenbahnlinie,

die Schaffung zahlreicher und guter Autobusverbindungen nach der näheren und weiteren Umgebung sowie die geplanten Autobusgroßgaragen dienen den gleichen Zwecken.

In der Stadt selbst mußten nun

Anziehungspunkte

geschaffen werden, die geeignet waren, auf den neuangelegten Verkehrswegen einen neuen Fremdenstrom mit neuer Kaufkraft anzuziehen. Der Ausbau der Promenade, der Bau des Stadions und anderer Sportanlagen, Saalbauten und Gasthausumbauten, der Bau von höheren Lehranstalten und Volksschulen, der Bau eines Hallenschwimmbades usw. wurden deswegen mit städtischen Mitteln finanziert.

Das Tempo der Maßnahmen war rasch, bisher nicht gekannt und von manchem unverstanden; es ist aber nur zu würdigen als

notwendige Abwehrmaßnahme

zur Verhinderung des wirtschaftlichen und kulturellen Verfalls des Beuthener Lebens. Wenn auch heute noch nicht alles so ist wie einst, so ist das Schlimmste doch verhindert worden. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß es der weitsichtigen Verkehrspolitik des Zentrums gelungen ist, daß in der durch die Grenzziehung ursprünglich zum Absterben verurteilten Stadt Beuthen sich wieder neues Leben regt.

Sollen wir dem Bodenwucher der Spekulanten ausgeliefert werden?

Sollen wir das wenige Baugelände, das noch in Beuthen vorhanden ist, dem Bodenwucher und der Preissteigerei der Spekulanten überlassen, wie es die Wirtschaftsparteien verlangen, oder soll der gesamte Boden unter Mißachtung des Privateigentums einfach weggenommen und sozialisiert werden, wie es die Linksparteien verlangen?

Die Zentrumspartei, die es als einzige Partei für zweckmäßig erachtet, im Stadtparlament durch einen Baufachmann vertreten zu sein, hält in der Bau- und Bodenpolitik die mittlere Linie für durchaus richtig. Sie lehnt es entgegen der Auffassung anderer Parteien ab, gar keine Grundstückskäufe zu tätigen, wie sie auch übertriebene Aufkäufe nicht gutheißt. Es ist vielmehr das Gegebene, daß sich Grundbesitzer, die ihre Grundstücke veräußern wollen, an die Stadt wenden und diese bei annehmbaren Forderungen die Grundstücke erwirbt. Andererseits überläßt die Stadt den Baulustigen diese Grundstücke, wobei die Nachteile vermieden werden, daß in den Fällen, in denen sich Baulustige direkt an den Grundstücksverkäufer wenden, übertriebene Preise gefordert werden, umgekehrten Falles der Verkäufer nicht weiß, an wen er sich als Interessent wenden soll und so die Stadt als die Mittlerin auftreten und in gewissem Sinne preisregulierend wirken kann.

Die Stadt, die 1913 600,88 ha unbebauter Grundstücke besaß, besitzt heute 685,91 ha. Davon waren 1913 7,6 ha Bauplätze, heute 37,2 ha. Das gesamte Stadtgebiet umfaßt 2698 ha.

Der

Ankauf des Grytzberggeländes,

der zum großen Teil der Initiative der Zentrumspartei zu verdanken ist, sichert der Stadt wertvolles Baugelände, sowohl für Siedlungs-, als auch für alle anderen Zwecke, wobei nur zu bedauern ist, daß durch die Verschleppungspolitik verschiedener Parteien günstiges Gelände in andere Hände gelangt ist.

Das Bauprogramm ist in den letzten Jahren etwas übereilt abgewickelt worden, was vielleicht zum Teil dem **Wettlauf der drei oberschlesischen Industriestädte**, Beuthen OS., Gleiwitz, Hindenburg, zuzuschreiben ist. Die Zentrumspartei war es, die die Gefahren einer solch übereilten Bauweise erkannt und die auch sofort nach der Einsturzkatastrophe im Stadtbad die Einrichtung einer Baukontrolle verlangte, um die Stadt vor weiterem Schaden zu bewahren. Die plötzliche und vollkommene Einstellung der Bautätigkeit konnte nicht gutgeheißen werden. Muß doch berücksichtigt werden, daß bei einer regen Bautätigkeit das Baugewerbe, als Schlüsselgewerbe der vielen ihm angeschlossenen Gewerbe, nicht nur Existenzmöglichkeit den Gewerbetreibenden als Vertretern des Mittelstandes, sondern auch Brot und Lohn vielen Hunderten von Arbeitnehmern gewährt und so die sonst zu zahlende Arbeitslosenunterstützung in produktive Arbeit umsetzt.

Daß bei allen Bestrebungen, das gefährdete Grenzgebiet in kultureller Hinsicht zu heben, auch

der Wohnungsbau nicht zu kurz

gekommen ist, besagt der Umstand, daß nicht nur 140 Wohnungen aller Größen von seiten der Stadt errichtet worden sind, sondern noch weiter die Herstellung von 820 Wohnungen von privater Hand durch Gewährleistung von Hauszinssteuerhypotheken ermöglicht wurde. Die Anregung zu dem **großzügigen Wohnungsbauprogramm** gegeben zu haben, darf die **Zentrumspartei** für sich in Anspruch nehmen.

So ist zu erwarten, daß die Partei, die die meisten bodenständigen Bürger zu ihren Mitgliedern zählt, auch weiterhin und nicht nur im Interesse der Bau- und Bodenpolitik für ihre Heimat wirken wird.

Streiflichter aus dem Beuthener Stadtparlament

„Deutschnationale Sparsamkeit"

Im jetzigen Wahlkampf treten alle möglichen Parteien mit allen möglichen Versprechungen an die Wähler heran. „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen!" Es ist gut, wenn man die Worte, die sie jetzt im Munde führen, einmal mit den Taten vergleicht, die sie in der bisherigen Stadtverordnetenversammlung vollbrachten. So verlangen die Deutschnationalen in ihren Plakaten **größte Sparsamkeit** der Verwaltung. Fest steht, daß sie es waren, die auf das Entschiedenste für einen **Steuervergleich** mit der Giesche-Verwaltung kämpften und so diesem riesigen Steuerunternehmen **Millionen an Steuern schenken wollten.** Auch sonst waren sie durchaus nicht kleinlich in der Frage der **Verwendung der städtischen Steuergelder.** Ihr Sprecher war es, der am 22. 10. 28 verlangte, daß das **ehemalige Konvikt sofort abgerissen**

werde, obwohl es durchaus noch nicht baufällig ist, und sich bei gutem Willen durchaus noch für Notwohnungen, wie das Zentrum es wollte, verwenden ließ. Ihr Sprecher war es, der am 23. 5. 28, als über die Fortführung der Arbeiten an der **Hindenburg-Kampfbahn** verhandelt wurde, wörtlich erklärte: „Wir sollten froh sein, daß wir schon 600 000 Mark verpulvert haben, sollten aber nicht noch mehr hineinstecken!" Und dann beanspruchten sie jedoch das „Stadtamt für Leibesübungen" für sich, für das sie den bekannten, **am Hallenschwimmbad beteiligten Bauunternehmer** Stadtrat Dr. **Kleiner** vorschlugen. Dieser scheute sich nicht, als Leiter einer republikanischen Selbstverwaltungsbehörde die ausgesprochen antirepublikanische **Stahlhelm-Tagung** „im Namen des Stadtamts für Leibesübungen" zu begrüßen. Er scheute sich nicht, als Protestant Flugblätter des schwindelhaften und gaunerischen „Paters Raymundus" vor den katholischen Kirchen verteilen zu lassen, um die Katholiken irrezuführen und gegen ihren Bischof aufzuhetzen. Keine Stimme der Partei des Bauunternehmers Stadtrat Dr. Kleiner! Keine Stimme der Liste 2!

Kirchenhaß und Kommunalpolitik.

Die Kommunisten waren in ihrer Haltung im Stadtparlament zumeist von wütendstem Kirchen- und Religionshaß geleitet. Als es am 13. 1. 29 zur Wahl des Büros kam, scheuten sie sich nicht, diesem Haß dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie den Namen des Hl. Vaters und der heiligmäßigen Dulderin Therese Neumann von Konnersreuth auf ihre Stimmzettel schrieben. Diese Geschmacklosigkeiten zeugen am besten für den trostlosen Geisteszustand dieser Moskauer Maulhelden. Als der Antrag gestellt wurde, an der neuen Kirche in Dombrowa eine weithin sichtbare Uhr anzubringen, kämpften sie wie wild dagegen, indem sie erklärten, sie würden überall eine Uhr bewilligen, nur nicht an einem Kirchturm. Als am 22. 4. die selbstlose Tätigkeit der Beuthener Wohlfahrtsbeamtinnen zur Sprache kam, beschimpfte sie der Kommunistenführer Drzymalla auf das gehässigste, indem er erklärte, daß sich die Säuglingspflegerinnen auf Kosten der Stadt mästen. Keine Stimme diesen Volksverhetzern! Keine Stimme der Liste 3!

Die religiöse „Neutralität" der Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokraten standen den Kommunisten in Religions- und Kirchenfeindlichkeit nicht viel nach. Ihr Spitzenkandidat **Piecha** hielt am 28. Juli 1929 vor Bergarbeitern im Landkreise einen Vortrag über den Antrag des Pfarrers von Rokittnitz, im dortigen Knappschaftslazarett **katholischen Gottesdienst** halten zu dürfen. Nach der Rede von **Piecha** wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die Belegschaft protestiert energisch **gegen die Einführung von Messelesen seitens der katholischen Kirche.**" Diese Entschließung zeigt am deutlichsten, wohin unsere katholischen Arbeiter von den sozialdemokratischen Führern geführt werden. Ihre Religionsfeindschaft ergibt sich auch am besten aus einer gehässigen Notiz ihres Blattes, des Volksblattes (jetzt Beuthener Tagespost), in der es vom 13. Mai 1928 hieß: „Man sieht aber doch, wo das Geld (der Kirchensteuern) hinkommt. Nicht nur in Hindenburg, auch bei uns schießen die Kirchen gleich Pilzen aus dem Boden. Während man die Vorwärtsturnhalle in eine Jesuitenniederlassung umgewandelt und eine Kirche im Stadtteil Dombrowa gebaut hat, plant man bereits die Errichtung einer dritten neuen Kirche im nördlichen Stadtteil. Dagegen ist von dem Bau einer mindestens ebenso notwendigen Volksschule in diesem Stadtteil nichts zu hören. Von Wohnungen ganz zu schweigen. Um die soll nämlich anscheinend in den neuen Kirchen **gebetet werden.**" Diese gehässigen Angriffe erscheinen um so unsinniger, wenn man bedenkt, daß fast zu jeder unserer Pfarrkirchen 25 000 Seelen

gehören, während sie in jedem Gottesdienst höchstens 2000 Personen fassen. Die Sozialdemokraten griffen auch immer wieder die Tätigkeit des Geistlichen im Krankenhaus und die Unterstützung der Klosterschule an. Keine Stimme diesen Kirchenfeinden! Keine Stimme der Liste 4!

Ein polnisches Affenhaus.

Die beiden Vertreter der polnischen Partei im Stadtparlament haben sich fast nie zu Wort gemeldet. Nur ab und zu sind sie mit den anderen kleinen Splitterparteien mitgelaufen. So beantragte der Einspänner C. **Kaluza** am 22. 4., es sollten wiederum 20 000 Mark **für ein Affenhaus im Stadtpark,** das von der großen Mehrheit des Stadtparlaments abgelehnt worden war, in den Etat eingesetzt werden. Und siehe da, für diesen unsinnigen Antrag stimmten auch die beiden Polen. Sonst niemand. Was für Affen sie wohl da hineinsetzen wollten? Stimmt nicht für eine Partei, die unter dem Einfluß von Ausländern und Nationalpolen steht! Keine Stimme der Liste 5!

Lehrer Harnoth und die Kommunisten.

Daß die Splitterparteien in kulturellen Fragen fast immer versagen, ist an den beiden Vertretern der **Mieterpartei** am besten zu erkennen. Als am 13. 1. die Kommunisten 500 Mark für die „Rote Hilfe" verlangten, sprach als einziger bürgerlicher Stadtverordneter der Stadtv. **Harnoth** dafür. Auch sonst ging er wiederholt mit den Kommunisten Arm in Arm. Als diese den Antrag stellten, unter den **Gefängnisbeiräten** einen ihrer Leute zu nehmen, um die **Gefängnisinsassen** entsprechend beeinflussen zu können, unterstützte die **Mieterpartei** diesen Antrag. Als die Wahlen zur **Schuldeputation,** die über den Charakter unserer Schulen und die Anstellung von Lehrern mitzubestimmen hat, stattfanden, ging Stadtv. **Harnoth** mit den Sozialdemokraten, die erbitterte Gegner der konfessionellen Schule sind, Hand in Hand. Und wie ist es mit der **sozialen Gesinnung** der Mieterpartei? Als im Vorjahre die Steuerzuschläge, die notwendig waren, um die sozialen Ausgaben der Stadt zu ermöglichen, beschlossen werden sollten, ging die Mieterpartei mit den Vertretern der Großindustrie zusammen und lehnte die notwendigen Steuerzuschläge ab. Der Regierungspräsident mußte damals eingreifen, um die notwendigen Steuern festzusetzen. Keine Stimme diesen unsicheren Kantonisten! Keine Stimme der Liste 8!

Die politische Wetterfahne.

Das Urbild einer politischen **Wetterfahne** ist der Stadtv. **Fleischer,** der sich nach der Revolution an die Sozialdemokraten hielt, dann eine Knüppel-Kunze-Partei aufmachte, als die nicht mehr zog bei den letzten Wahlen an der Spitze einer Aufwertungspartei marschierte und bei diesen Wahlen schon wiederum umschwenkte und eine „Christlich soziale und Volksrechtspartei" anführt. Wie uns der Führer der Christlichsozialen in Beuthen, Studienrat **W. Knopf,** mitteilt, bedauert er diese Listenverbindung und erklärt, daß er nichts damit zu tun habe. Die Leistungen des Stadtv. **Fleischer** im Stadtparlament sind gleich Null. Er hat als Einspänner fast nie das Wort ergriffen. Nur einige Male meldete er sich, um **Anträge der Kommunisten** zu unterstützen. Auch am 24. Juni 1929, als die Kommunisten gegen einen

Ordnungsruf, den der Stadtv. **Neugebauer** für rüpelhafte Ausdrücke bekommen hatte, stimmte Stadtv. **Fleischer**, wie so oft, mit den Kommunisten und erklärte sich so mit ihrer rüpelhaften Haltung solidarisch. Keine Stimme den politischen Wetterfahnen! Keine Stimme der Liste 11!

Und die Demokraten!

Zu den kleinen Splitterparteien, die wegen ihrer geringen Zahl kaum einen Einfluß ausüben können, gehören auch die Demokraten. Ihre Gegnerschaft gegen die konfessionelle Schule ist bekannt. Sie dürfte sich auch bei den entscheidenden Kämpfen der Zukunft in Beuthen auswirken. Auch in der bisherigen Stadtverordnetenversammlung bewiesen die beiden Vertreter oft ihre Hinneigung zu den **Linksparteien.** Als die **Kommunisten** den schon genannten Antrag verfochten, einen der Ihren zum **Gefängnisbeirat** zu machen, stimmten neben den beiden Linksparteien und der Mieterpartei **auch die Demokraten** dafür. Keine Stimme dieser liberalen Splitterpartei! Keine Stimme der Liste 12!

Mut oder Engstirnigkeit?

Zu den Stadtverordneten, die in der letzten Periode am längsten und lautesten das Wort ergriffen, gehört der Führer der Wirtschaftspartei, Stv. **Hoffmann.** Er trat oft so einseitig für die Interessen der Hausbesitzer ein, daß er die geschlossene Front der anderen Parteien gegen sich hatte und so weder dem Hausbesitz noch den Gewerbetreibenden nützte. Erschreckend war die soziale Verständnislosigkeit dieses Parteiführers. Er erklärte, Wohltätigkeit könne sich nur der leisten, der Geld habe, aber die Stadt habe kein Geld. Er war der einzige, der **gegen die Errichtung eines Volksbades** stimmte, das von sämtlichen anderen Parteien einstimmig verlangt wurde. Er war es, der gegen die Errichtung von städtischen Wohnungen sprach, indem er erklärte, es bestehe eigentlich keine Wohnungsnot, es liege nur an der falschen Verteilung der Wohnungen. Er war es, der die **Auflösung sämtlicher Fonds verlangte,** indem er erklärte, daß wir nicht an die Zukunft zu denken brauchten und daß unsere Kinder einmal auch etwas arbeiten sollten. Er war es, der bei den letzten **Etatsberatungen** erklärte, er gebe seine Zustimmung zu den notwendigen Ausgaben nur **mit Vorbehalt, um sich vor der Verantwortung zu drücken.** Keine Stimme solchen Verderbern der Beuthener Wirtschaft und Kultur! Keine Stimme der Liste 14!

Fachmann oder Hampelmann?

Einer, der beinahe zu allen Vorlagen als „Fachmann" sprechen zu müssen glaubte, war der Stadtv. **C. Kaluza.** Das schallende Gelächter, das sein Auftreten fast jedesmal hervorrief, war wohl der beste Beweis, ob man ihn als den Fachmann oder den Hampelmann des Stadtparlaments betrachtete. Als er sich als **Fachmann** des Stadionbaues ausgab, wurde er von den Sportverbänden energisch abgeblitzt. Als er sich als **Fachmann** den Markthändlern anbot, wurde er von den maßgebenden Organisationen entschieden abgeschüttelt. Als er sich als **Fachmann** für die Errichtung von Schulgärten in Dombrowa aussprach, fragte ihn der Stadtv. Przondziono, was er denn davon verstünde. Darauf erwiderte er, er habe auch schon etwas mit Gartenarbeit und nicht bloß mit Ochsen zu tun gehabt. Und darauf erwiderte Przondziono, soweit er wisse, habe C. Kaluza sehr gut **mit Mauleseln umzugehen verstanden.** Denkt an den Gartenzaun, an dem **C. Kaluza** ständig sozialistische und kommunistische Hetzblätter aushängte! Denkt an sein Flugblatt, in dem es hieß: **„Kirchen schießen wie Pilze aus dem Boden".** Keine Stimme solchen Einspännern! Keine Stimme der neu von ihm gegründeten Wirtschaftsvereinigung! Keine Stimme der Liste 16!

Wer seine Heimatstadt liebt, wer für sachliche und vernünftige Arbeit im Stadtparlament eintritt, wer den Aufbau und Ausbau unserer Kommune wünscht, wer den Einfluß der Katholiken im Stadtparlament stärken will,

stimmt nur für

Zentrum, Liste 1
(Sawadzki).

Denkt an die ernsten Mahnungen unseres Bischofs!

Denkt an die dringende Bitte unserer Seelenhirten!

Denkt daran, daß die Katholiken bisher im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl einen beschämend geringen Einfluß im Stadtparlament hatten!

Verantwortlich f. d. Inhalt: Alfons Stephan, Parteisekretär, Miechowitz.
Druck: Oberschlesische Zeitung, Beuthen OS.

Wählt nur Zentrum (Kath. Volkspartei)

für das Stadtparlament und für den Provinziallandtag.

Macht das Kreuz in den Kreis hinter Liste 1!

Das Zentrum hat für die Stadtverordnetenwahlen folgende Liste eingereicht:

1. Zawadzki, Konstantin, Tischlermeister, Wilhelmstraße 12.
2. Frenzel, Josef, Werkstattmeister, Königshütter Chaussee 20.
3. Dr. Sylla, Franz, Studienrat, Redenstraße 8a.
4. Thiell, Maria, Lehrerwitwe, Große Blottnitzastraße 29.
5. Dr. Seiffert, Karl, Chefarzt des Krüppelheims, Mannheimerstr. 16.
6. Pissarek, Vinzent, Kaufmann und Destillateur, Klukowitzer Str. 18.
7. Breßler, Hugo, Bäckermeister, Gutenbergstraße 1.
8. Chylla, Franz, Lehrer, Scharleyer Straße 48.
9. Kuczera, Michael, Gasthausangestellter, Piekarer Straße 3-5.
10. Wodarz, Georg, Maurermeister, Wilhelmstraße 30.
11. Prause, Käte, Studienratswitwe, Solgerstraße 19.
12. Dr. Banke, Walter, Syndikus, Große Blottnitzastraße 31.
13. Misch, Peter, Lehrer, Barbarastraße 2.
14. Schmattloch, Paul, Kaufmann, Fr.-Ebert-Straße 62d.
15. Schnaeske, Stephan, 2. Vors. d. Arbeitsamts, Solgerstraße 2.
16. Bularczyk, Paul, Schneidermeister, Gräupnerstraße 10.
17. Galuschka, Julius, Hausbesitzer, Redenstraße 16.
18. Gasch, Sofie, Hausfrau, Gramerstraße 6.
19. Dr. Istel, Franz, Frauenarzt, Gymnasialstraße 1a.
20. Krawietz, Georg, Schneidermeister, Dyngosstraße 7.
21. Heine, Karl, Kaufmann, Tarnowitzer Straße 30.
22. Bernardt, Stephan, Rektor, Brüningstraße 11.
23. Pawelka, Georg, Bergarbeiter, Reitzensteinstraße 6.
24. Gorys, Josef, Kaufm. Beamter, Virchowstraße 28.
25. Dlubis, Alois, Buchhalter, Redenstraße 12.
26. Tluczykont, Johann, Vorschmied, Gr. Blottnitzastraße 65.
27. Ehl, Theodor, Architekt, Wilhelmstraße 14.
28. Kostka, Karl, Kaufmann, Klukowitzer Straße 2.
29. Orzegowski, Johannes, Seilermeister, Siemianowitzer Chaussee 2.
30. Liß, Max, Buchdrucker, Gr. Blottnitzastraße 55.
31. Langer, Johann, Friseurmeister, Kaiserstraße 6a.
32. Rupprich, Paul, Stadtoberinspektor, Reichspräsidentenplatz 7.
33. Sborowski, Paul, Oberpostsekretär, Gustav-Freytag-Straße 6.
34. Hanke, Emil, Kaufmann, Gleiwitzer Straße 19.
35. Röhl, Anna, Ehefrau, Gustav-Freytag-Straße 4.
36. Kursatz, Peter, Häuer, Florianstraße 2.
37. Kutscha, Albert, Tischlermeister, Breitestraße 20.
38. Dr. Seidel, Josef, Studienrat, Neuestraße 14a.
39. Kutschka, Theodor, Schmiedemeister, Bergstraße 42.
40. Hellfeuer, Johannes, Angestellter, Mauerstraße 1.
41. Kulpok, Josef, Pens. Maurerpolier, Dyngosstraße 7.
42. Alexi, Ignatz, Bergarbeiter, Friedrich-Ebert-Straße 57.
43. Kunert, Franz, Lehrer, Gustav-Freytag-Straße 7.
44. Czaja, Theodor, Kaufmann, Virchowstraße 16.
45. Dr. Schierse, Bruno, Studienrat, Kaiserstraße 4.